

Cieberer Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cieberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags sauber am Sonn- und Festtagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu bezahlen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Aussträger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sieben geplante Pausen oder deren Raum 80 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 70 Pf., auswärtige Anzeigen 80 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 295.

Donnerstag, den 18. Dezember 1919.

26. Jahrg.

Mordatmosphäre.

Von Dr. Werner Peiser.

Die Geschichte der letzten fünf Jahre ist mit Blut gezeichnet. Grauen folgt ihrem Pfad und Mord begleitet ihre Spur. Mit Mord begann der Krieg; Mord war Krieg, und Krieg war Mord. Beide Begriffe wurden identisch, wurden Synonyma. Mit einem Einzelmord begann der Aufstand zum Kriege; mit der Tötung des österreichischen Thronfolgerpaars durch serbische Fanatiker, mit einem Einzelmord, um abschüttige Bahn in den sinnlosen Massenmord hinabzugleiten. Und Einzelmorde schließen den Krieg ab. Einzelmorde bringt die Revolution mit sich, sie bedingen diese als Auslehnung der dem Neuen feindlichen Elemente. So wird, was im Kriege Allgemeinescheinung war, heute Einzelphänomen; was dort generell war, wird heute singular. Der Sozialwirgang hat sich zum Einzelmord gewandelt und umgewertet.

Nach Beginn der Revolution, deren äußeres Datum der 9. November 1918 ist, haben viele sich über den unblutigen Verlauf der Umwälzung gewundert. Viele haben geglaubt, hierin eine Ursache zur Unzufriedenheit und eine Wurzel des nicht immer befriedigenden Verlaufes erblicken zu sollen. Unseres Erachtens mit Unrecht. Es soll hier von der ethischen Seite abgelehnen werden; es soll einmal nicht beachtet werden, daß die Erhaltung des Menschenlebens, auch das Leben des schärfsten Gegners, für den Sozialismus, für die sozialistische Weltanschauung, eine absolute Notwendigkeit ist. Es soll lediglich von unjtem, dem materialistischen Betrachtungsstandpunkt aus die Tatsache festgestellt werden, daß es im Weltgeschehen keine Zufälle gibt, sondern daß alles Geschehen in tieferem Sinne „Bestimmung“ ist. Bestimmung selbstverständlich nicht im fatalistischen Sinne, nicht im Sinne eines Stamms, eines Schicksals also, dem sich die Einzelne ergeben und willenslos zu fügen hat, sondern Bestimmung im Sinne des Unterlegenseins menschlicher Handlungen und Untersuchungen unter die wirtschaftlichen Grundgesetze.

„Gute Zeiten für Mörder“; unter dieser nicht sehr geistvollen Überschrift veröffentlicht die Berliner „Freiheit“ die seit der Revolution vorgekommenen traurigen Ereignisse. An die geringe Verurteilung eines Matloch und an die Außerverfolgung des Bok, Hauses Mörder. Knüpft sie Kommentare, die das Klassenurteilssystem der Republik geiheln und hiermit die Revolution selbst herunterziehen sollen. Es dürfte nur wenig Sozialisten geben, denen nicht das Blut der Scham ins Gesicht stieg, als sie lasen, daß Matloch wegen 29fachen Mordes freigesprochen wurde und seiner übrigen Delikte wegen mit geringfügiger Festung davontannte; in gleicher Weise dürfte die Überführung des v. Kesse!, in dem mit einer Haupttriebes der Matrosenrechtschaffung zu erblicken haben, in militärisches Gewahrsam, berechtigte Empörung erwecken. Insofern stimmen wir mit den Geißen der U. S. P. D. vollkommen überein. Worin sich unsere Wege trennen, das ist lediglich die Beurteilung der Ursache dieser Erscheinungen.

Wie stehen denn die Dinge? Die Revolution ist die leichte Erscheinungsform der im Wirtschaftskörper vorgegangenen inneren ökonomischen Umwälzung. Mit ihr kamen Hafotoren zur Entladung, die sich auf friedlichem Wege nicht auszuwirken vermochten und die doch entwicklungsgemäß eine Notwendigkeit waren. Die äußere Form nun, die den Staat als Wirtschaftskomplex umfaßt, kann leicht gesprengt, aus einer Monarchie kann in Stunden eine Republik gestaltet werden; aus einem kapitalistischen Wirtschaftssystem kann nicht in Stunden ein sozialistisches sich erheben. Nichts wäre irriger, als für diesen Umgestaltungsprozeß das Gleichnis von dem in neuer Gestalt der Alte entstehenden Phönix heranzuziehen. So langsam geht vielmehr die Umwandlung vor sich, daß das Bild sich ganz allmählich verwandelt, eher vergleichbar dem kleinen Bild eines Films, bei dem bekanntlich das folgende dem vorangegangenen fast gänzlich gleich aussieht und nur in geringfügigen Bewegungsänderungen die Tendenz zur völligen Umgestaltung aufweist. So ist es auch in der Republik ergangen. Die großen Institutionen sind gestürzt: Aufgabe der kommenden Zeit wird es sein, alle tausend Einzeleinrichtungen, die in ihrer Gesamtheit das gestürzte System bezeichneten, zu besetzen. Was wir im Matloch-Prozeß erlebt haben, das war nicht auf die Boswiligkeit einzelner Personen zurückzuführen, sondern es sind Folgeerscheinungen des Systems, das Jahrhunderte lang in Deutschland herrschte und das den schönen Namen „Militarismus“ trug. Gewiß, wir hassen ihn leidenschaftlich, hassen ihn mit genau derselben Innerlichkeit wie die „Unabhängigen“, aber wir halten im Gegensatz zu diesen es nicht für möglich, ein solches System mit Gewalt den Hirnen zu entziehen, Hirnen, die so wenig wie denkbar auf diese Umgestaltung vorbereitet sind. Den preußischen Offizier zu ändern, das dürfte eine Aufgabe sein, der selbst der radikalste Kommunist, soweit er vor Vollstreitung von Todesurteilen zurücktrat, nicht gewachsen sein dürfte. Was wir tun können, das ist alles daran zu sezen, dem System seine Lebensmöglichkeiten zu entziehen und hierfür ist durch den Beschluss der Reichsregierung die Militärgerichtshofreit rechtmäßig abzuschaffen, der Weg geebnet. Zweckmäßiger und tiefer schürzend scheint uns diese Methode, als es selbst ein Todesurteil gegen berechtigt sind.

Marloch, der sich im Lichte unserer Betrachtungsweise lediglich als Teilchen eines Systems darstellt, gewesen wäre.

Auf der anderen Seite haben wir seit der Revolution Prozesse erlebt, in denen gegen die Angeklagten mit den denkbaren größten Schärfe des Gesetzes vorgegangen wurde: wir denken hier in erster Linie an den Prozeß gegen die Münchener Geiselmörder und an den soeben abgeschlossenen Lindner-Prozeß. Die Untaten der Geiselmörder war eine unheuerlich große und ebenso schreckliche wie der Mordanschlag Lindner auf Auer und den bayerischen Landtag. Beide Taten waren rein politisch zu bewerten und bedurften die Aufschlüsselung gegen die Republik als solche. In fanatischer Verblendung glaubten beide Male die Täter durch Beseitigung von Personen ein System beseitigen zu können, das doch nicht von Personen zwangsweise eingesetzt worden war, sondern das sich aus, letzten Endes gleichfalls ökonomischen Notwendigkeiten heraus so gebildet hatte, wie es zurzeit besteht. Wenn diese Taten ungleich härter bestraft wurden als die Untaten eines Marloch, so hat es auch hier wenig Zweck, Personen anzuklagen und die Regierung zu beschuldigen. Auch hier müssen die Überreste eines Systems beseitigt werden, das eine ungleiche Beurteilung von Taten, die aus ähnlichen Motiven entspringen, ermöglicht. Die Aufschlüsselung gegen die Republik mühte in beiden Fällen in gleich empfindlicher Weise gehandelt werden, und wenn dies nur in dem Prozeß gegen die Kommunisten geschah, so ist hiermit der Beweis erbracht, daß es an der gleichen Justiz in der Republik noch fehlt. Um diese herbeiführen zu helfen, scheint uns die Aufschlüsselung der bayerischen „Vollgerichte“, die in Wirklichkeit alles andere als Volksgerichte sind, ein dringendes Bedürfnis. Die Justiz muß selbst aus- und aufgebaut werden. Soweit sich in ihr Reste des alten Systems zeigen, sind sie schonungslos auszurotten: dann wird die Mordatmosphäre einer Friedensatmosphäre weichen, dann werden die Spuren von Blut, die Kriege und Revolution ausdrücken, beseitigt und durch friedliche Bilder ersetzt werden.

Steuerreform und Reichseinheit.

Selbst die Revolution hat die geschichtlich gewordenen deutschen Stammesgrenzen nicht verwischt und den Traum der absoluten Reichseinheit nicht verwirklichen können. Der partikularistische Gedanke ist zu tief im deutschen Denken verwurzelt, als daß er mit einem Zug ausgerissen werden könnte. Darauf hat auch die Reichsverfassung von Weimar Rücksicht nehmen müssen; dennoch aber enthält sie ein klares Bekanntnis zum Unitarismus, der allein eine Befriedung und Wiederaufrichtung aus dem politischen und wirtschaftlichen Elend der Gegenwart gewährleistet. In dieser festen Erkenntnis haben die Einzelstaaten freiwillig und aus eigenem Antriebe ihre Reservekräfte zum Opfer gebracht. Heer, Eisenbahn, Post sind jetzt Reichsangelegenheiten. Auf den wichtigsten Wirtschaftsgebieten, vornehmlich aber auf dem der Besteuerung, besitzt das Reich verfassungsmäßig die oberste Gewalt.

Die neue Steuerreform, deren Hauptgesetz jetzt der Nationalversammlung zur Beschlusffassung vorliegen, bringt die Verwirklichung dieser Verfassungsvorschriften. Sie ist eine wichtige Stappe auf dem Wege zur vollständigen Reichseinheit. Bereits seit dem 1. Oktober 1919 ist die Finanznot aller Bundesstaaten (Länder) auf das Reich übergegangen; das Reich wird damit zum ersten Male in der Geschichte der Träger der gesamten Finanzhöheit. Die Vorlage über die Reichsaufgabenordnung, die noch die Nationalversammlung zu erledigen hat, ist gewissermaßen die Grundsteinlegung des Neubaues der deutschen Steuerverfassung. Mit Neuorganisation der Reichsfinanzbehörden und ihrer Verteilung über das ganze Reichsgebiet wird zugleich ein großer Schritt auf dem Wege einer wirklichen Reform unseres gesamten Steuerwesens getan, die auf die absolute Steuersouveränität des Reiches abzielt. Mit dieser Steuersouveränität wird auch die breite materielle Grundlage geschaffen, auf der sich der neue Reichsbau erhebt, und auf der allein eine wirtschaftliche und finanzielle Grundfestung Deutschlands möglich ist.

An Stelle der bisher zahlreichen nebeneinander bestehenden Steuern und Steuerempfänger soll ein einheitliches System der Reichssteuer treten. Für Einkommen, Vermögen, Echthaft und Nachlass wird in Zukunft zunächst das Reich als Steuerempfänger in Betracht kommen; es wird nur eine einzige Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer geben, aus deren Erträgen die gesamten Bedürfnisse des Reiches, der Länder und der Gemeinden zu befriedigen sind. Zuflüsse zu dieser Steuer können nicht mehr erhoben werden. Damit hat die eigene Finanzpolitik der Gemeinden und der Länder ihr Ende gefunden. Sie erhalten die zu ihrer Wirtschaft benötigten Geldbeträge nach bestimmten Grundsätzen vom Reich zugewiesen.

Von größter Bedeutung nach dieser Richtung ist die neue Reichseinkommensteuer, die in ihrer bisherigen Form das Fundament der bundestaatlichen Einkünfte bildete. Daß sie zur Reichssteuer werden soll, zeigt die ungeheure Bedeutung der neuen Steuerreform und zeigt, daß wir auf dem besten Wege zur völligen Reichseinheit sind. Der hier am schärfsten zum Ausdruck kommende Verzicht der Länder auf eigene Steuerfreiheit ist der beste Beweis dafür, wie klar man die Notwendigkeit erkannt hat, daß auch die letzten partikularen Schranken fallen müssen, die nach Beseitigung der dynastischen Widerstände ihrer starken Stützen scheint uns diese Methode, als es selbst ein Todesurteil gegen berechtigt sind.

Die neue Steuerreform, die allen Schichten des deutschen Volkes schwere Lasten auferlegt, die aber in vielgestaltiger Gliederung die höheren Einkünfte und den Besitz besonders schaft erzieht, entspricht nicht nur den Grundsätzen einer sozialgerechten Ausgleichung und den finanziellen Anforderungen der erlöppsten und verschuldeten Reichen, sie führt uns auch tatsächlich dem Ziele einer absoluten Reichseinheit entgegen.

Deutsche Nationalversammlung.

Annahme des Reichsnotopfers.

(181. Sitzung.)

Berlin, 17. Dezember 1919.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Umsatzsteuergesetzes.

Eichhorn (DVP): Meine Fraktion lehnt das Gesetz grundsätzlich ab, da es eine Kopfsteuer darstellt, die die Besitzlosen am schärfsten trifft. Einer Luxussteuer stehen wir sympathisch gegenüber. Was die Interatensteuer betrifft, so lehnen wir diese grundsätzlich ab. Viele Zeitungen sind angezogen auf die Einnahmen aus den Anzeigen.

§ 1, der die der Umsatzsteuer unterliegenden Lieferungen und Leistungen bezeichnet, wird nach dem Ausschusstantrag angenommen.

Zu § 2 wird ein Antrag der Deutschen-Nationalen, der den kleinen Unternehmen die Entnahme von Gegenständen aus dem eigenen Betriebe in geringerem Umfang erlauben will, abgelehnt. Bei § 3 (Befreiung der Länder und Gemeinden von der Steuer) wird ein Antrag der Demokraten, Reich, Länder und Gemeinden, Gemeindeverbände, Schlachthöfe, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke von der Steuer zu befreien, angenommen.

Weitere Paragraphen werden in der Ausschusssitzung angenommen. Die Paragraphen 8 bis 12, welch letztere die allgemeine Umsatzsteuer in Höhe von 1% Proc. vorschreibt, werden in der Ausschusssitzung angenommen. Die Paragraphen 14 bis 19, welche eine erhöhte Steuer für Haushaltsgegenstände fordern, sind vom Ausschuss ganz gestrichen worden. Der § 20, der die erhöhte Luxussteuer von 10 Proc. (Regierungsvorlage 10 Proc.) beim Hersteller vor sieht, wird mit einigen geringfügigen Änderungen der Liste der Luxusgegenstände, die dieser Steuer unterworfen sind, in der Ausschusssitzung angenommen.

Nach § 21 wird der Reichsrat ermächtigt, nähere Bestimmungen über die Abgrenzung der im § 20 bezeichneten Gegenstände zu erlassen. Dieser wird in der Ausschusssitzung angenommen, desgleichen die §§ 22. bis 29.

§ 30 sieht die Interatensteuer, die Depositeneuer, die Hotelssteuer und die Steuer für die Vermietung von Reitpferden in Höhe von 12 Proc. vor. Der Ausschuss hat einen § 31 a hinzugefügt, wonach die Interatensteuer für Zeitungen mit jährlich weniger als einer Million Gesamtentnahmen aus den Interaten in der Weise erhebt wird, daß die Steuer von den ersten 100 000 Mark Entnahmen 2 Proc., von den nächsten 100 000 Mark 3 Proc. usw. steigend bis 9 Proc. beträgt. Ferner soll die Plakatsteuer nur 5 Proc. betragen.

Ein Antrag des Abg. Kempkes will eine einheitliche Interatensteuer von 5 Proc. Die Sozialdemokraten beantragen die Staffelung in derselben Weise wie der Ausschuss, jedoch mit der Maßgabe, daß auch die Zeitungen mit einer Gesamtinteratenentnahme von mehr als einer Million an dieser Staffelung mit den Petrasen teilnehmen, die unter einer Million bleiben.

Sidow (SD): Der Antrag Kempkes würde eine große Benachteiligung der kleinen Blätter bedeuten. Deshalb habe ich zu § 31 a den Abänderungsantrag eingereicht.

§ 30 wird in der Sitzung des Ausschusses angenommen, desgleichen § 31.

§ 31 a Absatz 1 wird in der Sitzung des Abgeordneten Sidow angenommen. Der Antrag Kempkes, als zweiten Abz. einzufließen: „gibt ein Steuerpflichtiger mehrere Zeitungen und Zeitschriften heraus. So ist für die etwaige Ermäßigung jede Zeitung und jede Zeitschrift selbständig zu behandeln“, wird angenommen.

Die §§ 32 bis 47 werden in der Ausschusssitzung angenommen.

Zu § 48, der nach dem Ausschusssitzung besagt, daß Länder und Gemeinden vom Infrastrukturdienst dieses Gesetzes ab Steuern vom Warenumsatz nicht mehr erheben dürfen, liegt ein Antrag der Deutsch-Nationalen auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage vor. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Eine vom Ausschuss vorgeschlagene Entschließung, durch die die Regierung aufgefordert wird, unverzüglich die Frist zu prüfen, ob die schon eingetretene oder noch bevorstehende Besteuerung der Selbstlosen die in nationalem Interesse gebotene Erhaltung einer wirtschaftlich unabkömmligen Preise gefährdet und besondere Maßnahmen erforderlich macht, wird angenommen.

Damit ist die zweite Sitzung der Umsatzsteuer erledigt.

Schluss der Vormittagsitzung 1½ Uhr.

182. Sitzung.

Berlin, 17. Dezember, 3 Uhr nachm.

Zur

dritten Sitzung des Reichsnotopfers

liegt ein Antrag Dr. Becker-Rieher (DVP) auf Zurückverweisung des Entwurfs an den 10. Ausschuss vor.

Schulz-Bromberg (DVP): Die Deutschen-Nationalen Volkspartei erhebt entsprechend ihrer bisherigen Haltung vor Verabsiedlung der Vorlage nochmals laut ihrer warnende Stimme und lehnt jede Verantwortung für die Folgen des Gesetzes ab.

Dr. Rieher (DVP): Der Ausschuss, an den wir den Gesetzesentwurf zurückverweisen wollen, muß Klarheit über die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen haben, welche das Notopfer im Zusammenhang mit dem Reichseinkommensteuergesetz und dem Kapitalertragsteuergesetz hat und haben muss. Der Ausschuss soll darüber beschließen, ob nicht vor der endgültigen Verabsiedlung

safung eine Erklärung der Entente im Sinne des vom Reichsjustizminister abzugebenden Gutachtens herbeiführen ist, und eine Beschleagnahme der Erträge des Reichsnotopfers nicht erfolgen kann und nicht erfolgen wird. Der Reichsfinanzminister wird vielleicht meinen Vorstellungen gegenüber hart sein, obgleich ich eine beinahe geschlossene Phalanx aus den Reihen der Landwirtschaft, des Gewerbes und der Industrie hinter mir habe. Ich worne nochmals in letzter Stunde den Reichsfinanzminister, sich auf seine Pläne festzulegen. Auch wir wünschen einen Frieden zwischen Kapital und Arbeit, aber nicht den Frieden des Kirchhofs, sondern einen solchen Frieden, daß einerseits das Kapital und ebenso das Unternehmertum in ihrer Notwendigkeit für die Gemeinschaft anerkannt werden, und daß andererseits die Arbeiter in ihren Arbeits- und Lohnbedingungen und die Beamten in ihren Gehältern durchaus so gestellt werden, wie auch wir es wünschen. Wir wünschen ferner, daß auf dem Boden der partikulären Arbeitsgemeinschaft jener ehemalige Herrenstandpunkt der Unternehmer beseitigt, aber auch nicht ersetzt werden soll durch einen Herrenstandpunkt der Arbeiter, der immer nur zur Bereicherung der Gesamtwirtschaft führen muß. Das Kapital und Unternehmertum müssen beschäftigt bleiben zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Wir verlangen, daß nicht durch ewige Nachgiebigkeit gegen radikale Elemente und übermäßige Sozialisierung, die heute noch undurchführbar ist, eine Zerstörung fast aller wirtschaftlichen und staatlichen Einrichtungen, eine Zerstörung der staatlichen Autorität weiter um sich greift. Der Gegenschlag zwischen Kapital und Arbeit muß verhindert werden, aus der Erfahrung heraus, daß auch das Kapital zugleich Arbeit oder Ergebnis von Arbeit, und Arbeit zugleich Kapital ist. (Beifall.)

Von den Deutschenationalen ist die namentliche Abstimmung über den Antrag Becker-Rieger beantragt worden.

Waldstein (Dem.): Unsere Fraktion steht einmütig auf dem Standpunkt, daß der Besitz jetzt zu einer starken Sonderstellung herangezogen werden muß. Eine Minderheit unserer Partei meint aber, daß sie dem Reichsnotopfer in dieser Form nicht zustimmen könne. Die Mehrheit meiner Partei glaubt jedoch, daß alle Bedenken zurücktreten müssen. Der Ausdruck hat die Regierungsvorlage erheblich verbessert. Wenn die Entente auf das Reichsnotopfer Beifall legen sollte, so könnte sie es bei jeder anderen Steuer tun. Wir sehen in den Parteikämpfen um das Reichsnotopfer eine ernste Gefahr für die Wiederaufbauung unserer Wirtschaft. Der Kampf um direkte oder indirekte Steuern muß aufhören. Wir können keine durchführbare direkte oder indirekte Steuer entbehren.

Wurm (Unabh.): Wir lehnen den Antrag Rieger ab. Die Grenze für die Vermögensbesteuerung geht uns nicht weit genug. Wir protestieren dagegen, daß die Kirchen steuerfrei bleiben, und erwarten, daß der Minister bald das Gesetz über die Besteuerung der Tote hand vorlegt.

Dr. Braun (Soz.): Wir haben uns bemüht, das Reichsnotopfer so erträglich wie möglich zu machen, besonders für die kleinen Rentner.

Reichsfinanzminister Erzberger: Der von den Mehrheitsparteien vorgelegten Entschließung mit den neutralen Staaten und anderen Mächten zur Bekämpfung der Steuerflucht in Verhandlungen zu treten und andererseits Doppelbesteuerung auszuüben, wird die Regierung mit Nachdruck nochkommen. Ganz Europa wird sehr bald ähnliche Steuergesetze machen müssen wie wir.

Schulz-Bromberg (DPB): Wir haben uns in der Kritik der Sparprämienanleihe außerordentlich zurückhaltend gezeigt. Dagegen hat der Führer der Demokraten in der preußischen Landesversammlung erklärt, daß jeder Politiker nach einer solchen Niederlage sich in das Dunkel des Privatlebens zurückziehen müsse. (Hört, hört! rechts.) Es bezeichnet den Misserfolg als eine Quittung der schlechten Finanzführung des Reiches.

Reichsfinanzminister Erzberger: Es ist nicht das erste mal, daß Dr. Friedberg in dieser Weise gegen mich vorgeht. Ich bin nicht besonders überrascht. Bei der Sparprämienanleihe haben wir es immerhin auf 80 Prozent gebracht. Von den Zeichnungen entfallen 80 Prozent auf die kleinen Zeichner, während das Großkapital fast nur wenig seiner vaterländischen Pflicht bewußt gewesen ist. Ich werde meinen Weg weitergehen bis zur Befriedung der Reichsfinanzen. Ich kann nur die Annahme des Gesetzes empfehlen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Becker-Rieger betreffend Zurückweisung an die Kommission sodann mit 223 gegen 50 Stimmen bei einer Stimmenabstaltung abgelehnt; auch der Abänderungsantrag der deutschenationalen Partei wird abgelehnt.

Das Gesetz wird in seinen einzelnen Teilen mit geringen Veränderungen und in der Gesamtabstimmung im ganzen endgültig angenommen.

Die von den Mehrheitsparteien beantragte Entschließung wegen internationaler Vereinbarung über gegenseitige Rechtshilfe in Steuerfragen und zur Vermeidung von Doppelbesteuerung wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des vom Abg. Trimborn (Zent.) beantragten Gesetzesentwurfes über Steuerstrafrecht. (Döb. Scz.): Wir können diesem Gesetz nicht zustimmen. Den Steuerländern gegenüber ist strenge Bestrafung anzubringen. Dr. Becker-Heyer (DPB): Wir stimmen dem Gesetzesentwurf zu aus politischen Gründen.

Dr. Cohn (Unabh.): Wir lehnen das Gesetz ab.

Dr. Ludwig (Dem.): Angehört der neuen Ära, in die die Energiekraftung jetzt eintritt, müssen wir Entgegenkommen zeigen. Wir stimmen zu.

Burkhardt (Zent.): Das Zentrum übernimmt die volle Verantwortung für dieses Gesetz.

Das Gesetz wird in der zweiten und dritten Lesung angenommen.

Es folgt ein vom Besoldungsausschuß vorgelegter Gesetzentwurf, durch den die Landeszentralbehörden verpflichtet werden sollen, im Interesse der Gesundheit, der guten Sitte, Ordnung und Anstand in Stadt und Landwirtschaften über die Zulassung der Bekleidung und über die Entlohnung weiblicher Personals bestimmungen zu erlassen.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung mit einem nom. Log. Cohn beantragten Zusatz angenommen, daß die von den Landesregierungen erlassenen Fortschriften den Vollvertretungen vorzulegen und auf deren Verlangen jeder Kraft zu liegen sind.

Römisch-Evangel. Kirche: Donnerstag 10 Uhr. (Gesetz gegen das Gesetz) Log. Cohn beantragt mit der Entente über den Artikel 61 Abs. 2 der Reichsverfassung, Elektrofahrtsgesetz. Umstädte vertragt, Nachtrag gesetzt. Interpellation der Deutschenationalen.

Günstige Aufnahme der deutschen Antwortnote.

Die Verhandlungen in Paris.

Nach einer Pariser „Hadas“-Meldung hat alle militärischen Vorbereitungen im besetzten Gebiet Dienstag plötzlich eingestellt worden. Die Uralobsparte innerhalb des offiziellen Belegschaftes wurde aufgehoben. Man hofft daran, daß die deutsche Note in Paris eine befriedigende Aufnahme gefunden hat.

20 Schwerhörige der Alliierten und Deutschen trafen Dienstag um 4 Uhr nachmittags in der „Maison de la Presse“ in Paris zusammen, um über die Kommissionssitz der in Scapa Flow versenkten Schiffe zu beraten. Das Dorf führte 200 Mann. Die Zusammenkunft dauerte drei Stunden. Mittwoch trafen die Schiffbaufähigen zusammen.

Das „Log. de Paris“ erfundigte sich, ob die Hoffnung bestünde, mit den deutschen Delegierten zu einer Verständigung zu gelangen, und erhielt folgende Antwort: „Die deutschen Delegierten legten die Schwierigkeiten dar, denen sie bei der Flotte von 400 000 Tonnen Hafensperre als ausgesetzt sein würden. Es muß hervorgehoben werden, daß die Deutschen ihre Sache auf eine sehr einfache Art vertraten. In unserer ersten Antwort an die Berliner Regierung führten wir aus, daß wir bereit seien, die vorgebrachten Gründe zu prüfen. Wir werden dies jetzt tun und sodann mit unseren englischen Mitarbeitern eine Entscheidung vorläufig treffen.“

Nach einem Pariser Berichterstatter der „National-Zeitung“ wird der Oberste Rat die 400 000-Tonnen-Forderung herabsetzen und sich für den zu liefernden Schiffsrumpf mit einer Geldentschädigung begnügen. Nur diejenigen Troddocks und schwimmenden Kräne, die Deutschland seinerzeit für die Frachtschiffe und die Riesentransporte benötigte, sollen ausgeliefert werden.

Neue Friedensanträge im amerikanischen Kongreß.

Senator Knox brachte im Senat folgende Entschließung ein:

Der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika empfiehlt und beschließt alle Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles insoweit dieser Vertrag den Frieden zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu stande bringt.

Im Unterhause des Kongresses wurde folgende Entschließung eingehabt:

Der Kongreß erklärt, daß der Friede zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland geschlossen ist.

Senator Hatch meinte sich gegen eine sofortige Abstimmung, so daß die Entschließung vorläufig verschoben ist.

Russische Verhandlungen in Wien.

Das „Neue Wiener Journal“ meldet, daß in Wien zwischen Vertretern der russischen Parteien und Ententevertretern Beratungen über den Wiederaufbau Russlands auf demokratischer Grundlage eingeleitet worden sind. Als Voraussetzung für die Verhandlungen in Moskau soll der Rücktritt Lenins und Trotzkys, sowie die Umbildung des Ministeriums durch die Volkskommissare Sinowjew und Tschitscherin gelten. Es heißt, daß der tschechische Außenminister Dr. Benesch, der schon in Paris mit Kerenski konfertierte, und Dr. Kamatsch, der treu zu den Kadetten hält, ebenfalls demnächst in Wien mit den Russen konferieren werden. Auch die polnische Regierung hat zu den Beratungen eine Delegation entsandt. Ferner sei der nach dem ukrainischen Zusammenbruch nach Rußland entflohenen Heerführer Petljura ebenfalls plötzlich in Wien aufgetaucht.

Die Entente gegen den Zerfall Deutsch-Oesterreichs.

Mittwoch vormittag erschien beim Staatskanzler Renner in Wien ein Beamter des Obersten Rates, um ihm eine von Clemenceau unterzeichnete Note zu überreichen. Der Beamte bemerkte dazu, daß die in der Note wiedergegebenen Entschließungen spontan und aus eigener Überzeugung gefaßt und schon vor dem Erscheinen des Staatskanzlers beim Obersten Rat festgelegt worden seien. Clemenceau teilt in der Note unter Hinweis auf die Absonderungsbestrebungen in Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Westungarn mit, daß die alliierten und assoziierten Mächte dem Zerfall des österreichischen Staates nicht zuhören wollen, weil dadurch das Gleichgewicht Mitteleuropas zerstört werden könnte. Von diesem Gedanken geleitet, habe der Oberste Rat folgende Entschließung angenommen, die er entschlossen sei, durchzuführen:

Von dem Wunsche geleitet, den Bestand Oesterreichs in den Grenzen sicherzustellen, die ihm angewiesen sind, und entklossen, die Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain zur Geltung zu bringen, erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß sie sich allen Versuchen widersetzen, die gegenseitig sind, die Integrität des österreichischen Gebietes zu bestreiten oder sie im Gegensatz zu den Bestimmungen des Artikels 28 des erwähnten Vertrages in irgend einer Weise, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, die politisch oder wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs beeinträchtigen müßten.

Von dem Wunsche geleitet, den Bestand Oesterreichs in den Grenzen sicherzustellen, die ihm angewiesen sind, und entklossen, die Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain zur Geltung zu bringen, erklären die alliierten und assoziierten Mächte, daß sie sich allen Versuchen widersetzen, die gegenseitig sind, die Integrität des österreichischen Gebietes zu bestreiten oder sie im Gegensatz zu den Bestimmungen des Artikels 28 des erwähnten Vertrages in irgend einer Weise, sei es unmittelbar, sei es mittelbar, die politisch oder wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs beeinträchtigen müßten.

Der Papst für Völkerversöhnung und einen wahren Völkerbund.

Wie gemeldet, hat der Papst ein geheimes Konklavium abgehalten und dabei eine lateinische Rede über die Lage der katholischen Kirche im Weltkrieg gehalten. Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat der Papst in dieser Ansprache sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Katholiken vieler Länder bis in den hohen Alters hinein dem österreichischen Nationalismus gehuldigt und zum Völkerkrieg getrieben hätten. Der Papst drückte dann sein Bedauern über den Gewaltfrieden aus und ermahnte die Kardinäle, für einen christlichen Dauerfrieden, die Völkerversöhnung und den wahren Völkerbund mit Gleichheit für Sieger und besiegte zu wirken. Vielleicht wird die Rede, die auf die Kardinäle einen tiefen Eindruck machte, später veröffentlicht werden.

Freilassung der Scapa Flow-Mannschaften.

Das Pariser „Journal“ berichtet aus London: Bonar Law kündigt die Freilassung der deutschen Besatzung der Scapa Flow-Schiffe an, sobald Deutschland die Schadensersatzfrage in einem der Entente angenehmen Sinne entschieden habe.

Bolschewistische Propagandatruppe.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Helsinki hat Litwino nach Kopenhagen 30 Millionen in Dumaturabola zu bolschewistischen Propagandazwecken mitgebracht.

Englische „Kulturarbeit“ in Indien.

Der Londoner „Telegraph“ meldet aus London, daß die Veröffentlichung des amtlichen Berichts über die Unruhen in Agra in Indien, wobei General Dyer eine Menge von 2000 aufbewaffneten Einwohnern Schüsselkugeln eröffneten, mit dem Erfolg, daß 450 Personen getötet und dreimal soviel verwundet wurden, großes Aufsehen erregte. Die „Westminster Gazette“, das Blatt Asquiths, fragt, was man gesagt hätte, wenn ein deutscher Offizier so angreifen würde. Die „Times“ schreibt, man verstehe nicht, daß diese Tatsache nun Monate lang geheim gehalten wurde. Der „Star“ spricht von einem „entsetzlichen Schlagabfall“.

Wie die englischen Blätter weiter über die Grenzfälle im Friedhof berichten, hatte im August April die wütende Menge die Stadt vollständig in der Gewalt. Sie plünderte und verbrachte. Die Nationalbank wurde besetzt; 120000 Pfund wurden geraubt.

Zu seinem Vorgehen habe General Dyer erklärt, er glaube, daß sein Vorgehen das mildeste Mittel war, um weiteres Blutvergießen zu verhindern.

Die Militärs sind sich überall gleich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine unerhörte Lüge.

Die „Freiheit“ gibt eine Nachricht wieder, die zuerst von der „Neuen Berliner Mittagszeitung“ verbreitet worden ist. Danach soll der Reichspräsident Ebert im November des vorigen Jahres dem General Ludendorff haben mitteilen lassen, daß die Regierung zwar für das Leben des Generals nicht garantieren könne, dem General aber ein Paß zur Verfügung stelle. An dieser Behauptung ist, wie die „P. P. P.“ von zuständiger Stelle erfahren, nicht ein wahres Wort.

50 prozentige Erhöhung der Leuerungszulagen für Reichsbeamte.

Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung wurde ein nachträglicher Etat von 300 Mill. zum Zwecke der Durchführung des Elektrofahrtsgesetzes angenommen. Ferner wurde außerordentlich die Summe für eine 50 prozentige Erhöhung der Leuerungszulagen der Reichsbeamten bis zur Fertigstellung der Besoldungsordnung bewilligt.

Verstärkung des ostpreußischen Grenzschutzes.

Der ostpreußische Provinziallandtag ist Dienstag in Königsberg zusammengetreten. Oberpräsident Winnig eröffnete ihn mit einer Ansprache, worin er die äußere und innere Lage der Provinz behandelt und u. a. mitteilte, daß nach einer Benachrichtigung durch den Reichswehrminister eine Reichswehrbrigade im Anmarsch sei, um den Grenzschutz zu verstärken.

Standale bei der Prämienanleihe.

Nach dem „Vorm.“ sind bei der Werbetätigkeit bei der Sparprämienanleihe schwere Untergangsmäßigkeiten vorgekommen. So sind zur Erzielung günstiger Werbearbeitserlöse sehr hohe, der Besteckung gleich kommende Sonderhonorare bewilligt und für entsprechende Druckaufträge Uebelpreise bewilligt worden. Der „Vorm.“ fordert eine eingehende Untersuchung. Halb amtlich wird dazu bemerkt: Schon vor der Veröffentlichung beauftragte im Namen des Reichsfinanzministers der zuständige Unterstaatssekretär den Geheimen Regierungsrat Cordes, die Prüfung der geschäftlichen Vorgänge bei der Propaganda vorzunehmen. Das Ergebnis der Untersuchung soll mitgeteilt werden.

36 Millionen Defizit bei Krupp.

Die Friedrich Krupp A.-G. in Essen schließt das Geschäftsjahr 1918/19, das erste nach dem Kriege, mit einem Verlust von 36 140 101 Mark ab, gegen einen Gewinn im Vorjahr von 4 927 943 Mark.

Kleine politische Nachrichten.

Der preußische Staatshaushaltplan für 1919 ist Mittwoch gegen die Stimmen der Deutschen nationalen und Unabhängigen angenommen worden. Darauf tritt Vertragung bis zum 21. Januar ein.

Im Reichsjustizministerium ist der Entwurf einer Gerichtsverfassungsnovelle ausgearbeitet worden, die den Vorläufer der zu erwartenden neuen Strafprozeßordnung bildet.

Die Groß-Berliner Gastwirte haben Mittwoch mit großer Mehrheit beschlossen, als Protest gegen die Wuchsordnung sämtliche Gastwirtschaften und Hotelrestaurants am Donnerstag und Freitag geschlossen zu halten. Die Kommission soll mit den Behörden weiter verhandeln. Wenn die Verhandlungen bis Anfang Januar zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, sollen in ganz Deutschland die Gastwirte veranlaßt werden, die Gaststätten zu schließen.

Die Berliner städtischen Schulen werden angesichts der Kohlennot vom 19. Dezember bis zum 20. Januar geschlossen bleiben.

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages, der sich Dienstag konstituierte, wurde nach kurzer Ansprache das Selbstverwaltungsgesetz für die Rheinpfalz ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Das Kriegsgericht der französischen Rheinarmee verurteilte den Josef Ehrlhardt aus Höchstädt a. Main zu drei Jahren Gefängnis, weil er im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet sich eines falschen Passes bedient hatte. Diese neue Verschärfung der Strafen auf Fahrvergehen erregt berechtigten Unwillen.

Die Rettetruppen haben Dienstag nach einem schweren Kampf von zwölf Stunden wieder einmal Kiew erobert.

Die italienische Staatschuldbetrag am 31. Oktober 88 Milliarden 719 Millionen Lire.

Nach einer englischen Meldung aus Konstantinopel ist Enver Paşa, der einzige türkische Kriegsminister, zum König von Kurdistan gekrönt worden.

Der „Telegraaf“ bringt eine Meldung der „Wireless Press“ aus Moskau, daß die 15 000 Mann starke englische Garnison Mesched (Persien) von Berlin vernichtet wurde. Beim englischen Kriegsamt traf keine Bestätigung ein.

Der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Gerard, hat an die Demokratische Parteileitung das Geschäftswahl aufzustellen.

Spanien.

Das Pariser „Journal“ veröffentlicht ein Telegramm aus Madrid vom 16. Dezember abends, das besagt: Infolge des Streiks der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke sind die unteren Stadtviertel ohne Licht. Die Streikenden benutzen die Dunkelheit, um schwere Verhaftungen der Straßenbahnen anzuordnen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Um 9 Uhr kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Streikenden, wobei es auf beiden Seiten Verletzte gab.

In Barcelona begin

Aus dem Freistaat Lübeck

Donnerstag, 18. Dezember.

Achtung, Bürgerschaftssitzung! Freitag abend 7 Uhr im Rathaus. Vollzähliges und rümliches Escheinen dringend notwendig.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 22. Dezember, abends 6 Uhr, statt.

Gewerkschaftskartell. — Tischlerausperrung.

Lohnbewegung der Musiker.

Die Kartellsversammlung am Mittwoch besuchte sich nach Genehmigung der Abrechnungen ausführlich mit der Lohnspaltung der Holzarbeiter. Die Unternehmer hatten über das Vor gehen der Gehilfen eine Anspruch vom Kartell erheben und die Antwort erhalten, daß das Kartell nichts dagegen einzuwerfen hat. Die Holzarbeiter legten eingehend den Gang der genannten und letzten Verhandlungen dar und gezeigt die unlauteren Machenschaften der hiesigen Unternehmer, um sich ihrer Pflicht zu entziehen. Sie scheuten sich nicht, sogar aus dem Arbeitgeberverband für die Holzindustrie auszutreten und sich dem hiesigen Unternehmensverbund anzuschließen, weil sie glaubten, dabei auf Kosten der Gehilfen besser zu fahren. Hier scheint man den Holzindustriellen mehr entgegen zu kommen, denn es wurde von einflussreicher Unternehmertum sogar mit einer Generalausperrung jongliert. Mit Recht wurde in der Kartellsversammlung gefragt, daß eine derartige Taktik wenig zu der hochländigen Redensart der Unternehmer als „Träger des Wirtschaftslebens“ passe und, daß solche Gedanken den Wirtschaftsfrieden nicht förderten. Die Gehilfen verlangten die Anerkennung des geläufigen Lohntarifis, der, wie nachgewiesen wurde, noch lange nicht die Höhe der an anderen Gütern gezahlten Löhne erreicht. Die Unternehmer haben zwar das Zugeständnis gemacht, am 15. Februar 1920 den 48-Stunden-Tag einzuführen, aber damit können sich die Gehilfen nicht einverstanden erklären. Wenn die Unternehmer imstande sind, im Februar den zentral geschaffenen Recht Geltung zu verschaffen, dann ist es ihnen auch jetzt möglich. Die letzte Versammlung der Holzarbeiter nahm denn auch eine dementsprechende Resolution einstimmig an, die folgenden Wortlaut hat:

„Die heute am 16. Dezember 1919 tagende Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Lübeck, erklärt das Angebot der Arbeitgeber, die 48-stündige Arbeitszeit ab 15. Februar 1920 einzuführen, nicht annehmen zu können. Die Lohnregelung muß nach Auffassung der Versammlung entsprechend den Löhnen, die in gleichartigen Orten Norddeutschlands festgelegt sind, erfolgen. Ebenso hält die Versammlung daran fest, daß die übrigen Streitpunkte erst entsprechend den Bestimmungen des Reichstarifs geregelt sein müssen, bevor an die Wiederaufnahme der Arbeit gedacht werden kann.“

Die Kartellsversammlung besprach eingehend die Lage der Holzarbeiter und stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß deren Tarifkampf mit allen Mitteln unterstützt werden müsse. Ohne Widerspruch wurde beschlossen, den ausgesprochenen Holzarbeitern eine nominale Summe als Weihnachtsgabe zu überweisen. Durch Sammlungen wird es möglich sein, einen Betrag zu erzielen, der die bewilligte Beihilfe noch vermehrt. In seinen Darlegungen zerstörte der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes noch die Maßnahmen des Demobilisierungskommissars Dr. Link, auf die wir wegen Raumangangs erst morgen näher eingehen können.

Auch die Musiker stehen vor einer Lohnbewegung. Ihr

Kartellvertreter schilderte die trostlose Lage dieser Leute, die zu

allem noch mit einer großen Schmuckfunktion zu kämpfen haben,

die sich besonders in den Kinos und bei Vereinseinfesten breit machen.

Die Kinobesitzer zeigten an wenigen Entgegenkommen,

obwohl sie gerade in den Kriegsjahren große Einnahmen erzielten.

Man ist der Hoffnung, daß sich in den meisten Fällen eine Einigung mit den Witzen und Verbrechen erzielen lasse. Einwendungen wurden allerdings erhoben gegen die Forderungen am 2. Weihnachtsstag und am Silvester, doch erklärten die Musiker, daß es sich bei ihnen hier um Tage handle, die für sie einen sogenannten Rauschtag bilden. Kritisiert wurde auch die Lage der Mitglieder des Orchestervereins. Verhöhlt wurde aber nicht, daß sich die Musiker früher mehr als Künstler fühlten und den Gewerkschaften aus dem Wege gingen. Die Gründe zu diesem Verhalten wurden aber im Kartell gewürdigt. Bemerkenswert war die Mitteilung eines Mitgliedes des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes, daß im neuen Tarifvertrag die Nebenbeschäftigung als Musiker verboten werde. Empfohlen wurde den Berufsmusikern sich der wilden Konkurrenz anzunehmen und sie in ihren Reihen zu organisieren. Damit komme man weiter als wenn sie abgetötet würden. Im übrigen wurde gegen die Tarifbewegung der Musiker keine Einwendungen erhoben.

Eine Arbeitslosenversammlung tagte am Mittwoch nachmittag im Gewerkschaftshaus. Über die Herausleitung der Arbeitslosenunterstützung wurde lebhaft debattiert. Während einige Redner Befürworter sprachen, waren andere mit dem Arbeitslosenrat der Meinung, daß man dagegen schwer etwas unternehmen könne. Der Behörde warf man vor, daß sie vor einiger Zeit erst 50 Mann entlassen und von außerhalb Lübeck für die Polizeitruppe genommen hätte. Ein Antrag, der verlangte, die Polizeitruppe durch Arbeitslose zu ersetzen, wurde vorläufig zurückgestellt, um erst mit der Behörde Rücksprache zu nehmen. Lebhafte Klagen wurden über die Verteilung der Winterhilfshilfe geführt. Nach langerer Aussprache fand ein Antrag Annahme, wonach die Behörde allen zugeteilt soll, die unverhüllt arbeitslos wurden und mindestens 14 Tage Arbeitslosenunterstützung bezogen haben. Eine Kommission von fünf Arbeitslosen wurde gewählt, die gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiter vom Arbeitsamt prüfen soll, wer für die Winterhilfshilfe in Frage kommt. Ein weiterer Antrag fordert, um Arbeitslosigkeit zu schaffen, alle nicht in Lübeck wohnhaften Arbeiter zu erlassen. Härten sollen dabei vermieden werden. Dagegen dürfen Arbeitslose, die in Lübeck Angehörige haben, nicht ausgewiesen werden. Ein anderer Antrag verlangt für den Arbeitslosenrat ein geheiztes Zimmer im Arbeitsamt. Auf Einhaltung der 8-stündigen Arbeitszeit in Cafes und Wirtschaften soll streng geahndet werden. Mehreren Arbeitslosen, die seit längerer Zeit Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, ist durch ein Schreiben der Entziehung der Unterstützung angedroht worden. Der Vertreter des Arbeitsamtes erklärte dazu, daß die Zahlung weiter erfolgen würde. Über einen kommunistischen Antrag, der politische Zwecke verfolgte, wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Straßammer. Unverhältnismäßig scheint die Arbeiterin zu sein. Trotz ihrer Jugend ist sie schon wiederholt wegen Diebstahls vorbestraft. Kaum hatte sie das Gefängnis verlassen, so stahl sie gelegenlich eines Besuchs einer Freundin eine silberne Uhr. Sie weinte während der Verhandlung am Mittwoch bitter über ihre Tat. Das Gericht billigte ihr nochmals mildester Umstände zu und erkannte auf 10 Monate Gefängnis. Die Jubiläum von mildernden Umständen rettete sie diesmal doch vor dem Jochhause — U m e b e n s i t z u s t e h e n , verabredeten sich in der Volksschule die wiederholt vorbestraften Arbeiter W. und U. Letzterer hat eine längere Jochhausstrafe hinter sich, während die ersten aus dem Gefängnis entwichen waren und dieserhalb heimlich verfolgt wurden. In der Volksschule schnedeten sie den Plan, in Reele bei einem Milchhändler Lebensmittel zu stehlen. Mit einem großen Handkoffer ausgerüstet, den sich von dem Händler R. geliehen hatte, zogen sie einen Bündnis nach Reele. Dort stieg einer der Angeklagten durch ein Fenster in die Wohnung des Milchhändlers und stahl Brot, Butter, Bier und einen Schinkenstück. Am andern Morgen lehrten sie sich Lübeck zurück. R. ging wieder zu dem Händler R., den er gut kannte, weil er ihm bei der Herstellung der kommunistischen Arbeiterzeitung wiederholt behilflich gewesen war, und zog den Brot mit der Beute dort ab. Gleich darauf fand sich auch die Kriminalpolizei ein und entdeckte die Beute und die Diebe. Der Händler R. der wegen Diebstahl angeklagt war, wurde freigesetzt. R. erhielt 4 Monate Gefängnis, W. ebenfalls 4 Monate monatlich mit etwa 600 Mark gekohlt worden. Als Täter kommt

und außerdem wegen falscher Namensangabe noch 2 Wochen Haft, ein etwas verwaschener, etwa 1,60 Meter großer Mann von etwa 30 Jahren in Betracht.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Hamburgische Bürgerschaft bewilligte 14 Millionen Mark für die Kleinhäuserförderung Langenhorn und 2 Millionen Mark für die Erweiterung des Ohlsdorfer Friedhofes.

Wilhelmshaven. 43 Opfer des Explosionsunglücks. Der „Wolfsburg“ wird noch gemeldet. Eine schwere Munitionsexplosion ereignete sich gestern nachmittag gegen 3 Uhr in dem Munitionslager Marienfelde. Dort werden gegenwärtig Granaten entladen. Durch Unvorsichtigkeit bei der Behandlung der Sprengstoffe entstand eine Explosion, die auch auf die unangreiflichen Lager von 15-Zentimeter-Granaten übergriff. Sämtliche Holzbaraden, die mit Munition gefüllt waren, flogen in die Luft. Der Bahnhof Marienfelde ist schwer beschädigt. Der Explosions sind nach den bisherigen Zählungen 43 Todesopfer und Arbeiterinnen zum Opfer gefallen. Die Zahl der mehr oder weniger schwer Verletzten beträgt 100. Der Zugverkehr mußte durch Umleitungen unterbrochen werden. — Nach anderer Meldung sind es 20 Tote und etwa 50 Verwundete. Der Eisenbahnverkehr zwischen Wilhelmshaven und der benachbarten Ortschaft Sande mußte eingestellt werden. Auch die Telegraphen- und Fernsprechleitungen in der Umgebung wurden größtenteils vernichtet. In Marienfelde selber ist kein Haus unbeschädigt. Die Brücke über den Emder Kanal ist infolge der Beschädigung nicht benutzungsfähig. — Telegrafenwirkt uns noch mitgeteilt: Eine halbe Stunde nach der ersten Explosion stand eine zweite Statt. Ende v. 9. Gravat, zu einem Teil allerhöchster Kalibers, explodiert zu. Das Projekt ist wie durch ein Erdbeben vom Erdhoden umwirkt. Die Zahl der Toten steht noch immer nicht fest. Bei den Bergungsarbeiten werden immer noch einzelne Tote und Teile menschlicher Körper gefunden.

Neueste Nachrichten.

Unterstreichung des Versailler Vertrages zwischen Januar.

II. Berlin, 18. Dezember. Die Verhandlungen zwischen den deutschen Sachverständigen und Vertretern der Gouvernements in Paris endeten Ende der Woche beendet sein. Das Unteraltert des Versailler Friedensvertrages wird für Anfang Januar erwartet. (Erwarten? Red. d. L. B.)

Gewaltsame Expression einer Weihnachtsgesellschaft.

II. Katowitz, 18. Dezember. Zu einem Gewaltakt kam es auf der Bismarckstraße. Die Arbeiter forderten die Zahlung eines Weihnachtsgeschenks von 300 Mark, abschließend noch Männer und Familienland. Die Verhandlungen mit den Direktionen, worauf die Arbeiter den Generalstreik unter Marschauung von Gewalt zur Bemäßigung der Forderung erzwangen. Die Forderung ergibt für die Bismarckstraße den Betrag von etwa 20 Millionen Mark. Es ist zu erwarten, daß auch die Arbeiter der anderen industriellen Werk Oberösterreichs jetzt die gleiche Forderung stellen werden. Das wäre eine Belastung von mindestens 20 Millionen Mark allein für Oberösterreich. (Wenn Sie die Nachricht den Tatsachen entsprechen, dann werden wir das Beruhigen der oberösterreichischen Arbeiter auf das allerhöchste mißbilligen. Durch ein solches Vorgehen wird die gute Sache der Arbeiter in schlimmster Weise geschändet und in Verlust gebracht. Red.)

Einstellung des Personenzugverkehrs.

II. Wien, 18. Dezember. Wegen Kohlenknalls wird in Deutschösterreich der Personenzugverkehr vom 21. bis 28. Dezember ganzlich eingestellt werden.

Erhebliche Kohlenausfuhr in England.

II. Rotterdam, 18. Dezember. Nach Meldungen aus Großbritannien ist der Export von Steinkohlen außerordentlich stark, weshalb der Kohlekommissar bereits angeregt hat, die Absatzhöhe bis Ende des Jahres vollständig einzustellen.

Warenausgabe

in der Woche vom 22. bis 28. Dezember 1919.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenhefts und die Lebensmittelkarte:

Butter: Abschnitt 109 50 Gramm Butter zum Preis von 80 Pf.

Speisefett: 109 70 Gramm Margarine 1. Preis von 60 Pf.

Warenkarte: 189 150 Gramm Auslands-Schmalz zum Preis von 8,75 Pf.

Zucker: 150—155 je 125 Gramm Zucker bis z. 1. Januar 20.

Warenkarte: 190 1 H-Badung Süßstoff 1. Pr. v. 50 Pf. in den am 25. 9. 1918 bekanntgegebenen Geschäften erhält.

Mühlenfabrikate: 148 125 Gramm Reis zum Preis v. 2 M. f. 1 Pf.

Warenkarte: 188 125 Gramm gelbe Spätzle erden zum Preis von 3,80 M. für 1 Pf.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenhefts und Butter, Margarine, Zucker und Reis in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsgerechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarte dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften entnommen werden.

Die auf Warenkarte, Abschnitt 188 zur Ausgabe gelangenden 180 Gramm Auslands-Schmalz sind in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsgerechts für Butter und Speisefett erfolgt ist. Die auf Warenkarte, Abschnitt 188 zur Ausgabe gelangenden 125 Gramm gelbe Spätzle sind in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsgerechts für Mühlenfabrikate erfolgt ist.

Zucker, Süßstoff, Reis und gelbe Spätzle dürfen ausnahmsweise, so weit vorrägt, schon ab Freitag, den 18. Dezember 1919 entnommen werden.

Auf die Bezugskarte für Militärlandwirker in der Woche vom 22. bis 28. Dezember 1919:

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.

Halbe 60 Gramm Margarine

75 Gramm Auslands-Schmalz

75 Gramm Zucker

Reis 75 Gramm gelbe Spätzle.

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

Auf Butterbezugskarte: 60 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar drei Teile in Butter und drei Teile in Margarine.

Lübeck, den 18. Dezember 1919. (1176)

Das Landesverfassungsschul-

Passende Weihnachtsgeschenke:
Haus- und Küchengeräte
Werkzeuge — Beschläge
empfehlen

G. Kassel & Co.

Eisenwarenhandlung. Fernruf 807 und 8592.
Während des Umbaus Verkauf in der
hinternen Verkaufshalle, Eingang
Sandstraße 18. 11765

MOBEL

Schlafzimmer, BZimmer, Wohnzimmer,
Küchenmöbeln, sowie sämtliche
Einzel-Möbel zu bekannt billigen Preisen.

Vereinigte Möbelkaufhäuser,

Königstraße Nr. 73 (Ecke Huxstraße)

Fernsprecher 641. 11792

Ich kaufe nur Freitag, 19. und Sonnabend, 20. Dezbr.
von 10 bis 6 Uhr (11764)
zu noch nie dagewesenen hohen Preisen

Alte Gebisse

Zahn bis 9 Mark, 20 und 65 Mark
(auch ganz alte und zerbrochene Gebisse).

Platin, Breunstifte, Goldgebisse
zum heutigen hohen Tagespreis.

Central-Hotel
Schlüsselbuden 12
Zimmer Nr. 10.
K. Meseck.

Lübecker Volksschule.

Der neue (2.) Unterrichtsabschluß
beginnt am
5. Januar 1920.

Der Unterrichtsplan (Preis 50 Pf.) ist in allen Buchhandlungen und Büchereien zu haben.
Eintragungen in die Listen, die werktäglich von 4—8 Uhr im Seminar (Langer Lohberg 24) ausliegen, können bis zum 31. Dezember erfolgen.
Dabei sind die Gebühren (5 Pf. für jedes Fach) gegen Quittung sofort zu entrichten. (11765)

Achtung! Achtung!
Deutscher Kaufarbeiterverband
Mit. Bokmacherinnen. Zahlstelle Lübeck.
Sonnabend, den 20. Dezember, in „Adlershorst“

Große Weihnachtsfeier,
bestehend in Tanz, Vorträgen und Zanndankser. Rauhöffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.
Beginn der Vorträge präzise 8 Uhr. 11803
Hierzu lädt ergebenst ein das Komitee u. der Wirt.

Neu-Lauerhof
Morgen Freitag: 11755
Großes Tanzkränzchen. Große Odeonie.

Sitzung
des Stadtrats
am Freitag, d. 19. d. 22.
abends 6 Uhr
im Schlossgerichtssaal.

Zusage: 1. Feststellung der Regierung 1917.
2. Genehmigung des Budgets 1920.
3. Wirtschaftsberichten.
4. Veränderung des Ernährungsgesetzes.
5. Bau einer Turnhalle.
6. Vertretung der Gründungskommission.
7. Statuten. (11793)
Sob Schwarz, den 16. Dezember 1919.
Der Stadtrat.
Dr. Gernicke.

Theater-Verein Freiheit (11761)

Großer Theater-Abschluß
am Freitag, 19. Dezbr., im Konzertsaal „Mora“.
1. Weihnachten, das Fest der Liebe.
2. Der Weihnachtsgesang. Schwart in 1 Akt.
3. Ein Feuerwehrdrama. Plattdüütsches Weihnachtsspiel in 1 Akt.
Anfang 7 Uhr. Eintritt 50. Kinder 50 Pf.
Gehen sind bei sämtlichen Mitgliedern sowie anderen der Kasse zu haben.

Kinderbücherei
empfiehlt sich bei prompter
Belieferung u. Säuglicher Be-
reitung E. Krüger, Zeit-
bedarfshaus, Königstr. 44.



Das praktischste Weihnachts-Geschenk ist ein Kleidungsstück

Damen-Konfektion

Farbige Mäntel	von 49.— bis 1350.—
Seiden-Mäntel	von 160.— bis 525.—
Silber-Mäntel	von 240.— bis 395.—
Schwarze Mäntel	von 240.— bis 1200.—
Kinder-Mäntel	von 39.— bis 280.—
Samt-Mäntel	von 290.— bis 2600.—
Pelzgefütterte Mäntel	von 575.— bis 975.—
Blusen aus Seidenflanell	von 39.— bis 48.—
Blusen aus hell- u. dunkel. Seidenstoff	69.— bis 425.—
Blusen aus reinwollenen Stoffen	von 39.— bis 168.—
Blusen aus Tüll	69.—
Farbige Kleiderröcke	von 39.— bis 190.—
Schwarze Kleiderröcke	von 49.— bis 275.—
Seiden-Kleiderröcke	von 95.— bis 225.—
Ballkleider	von 189.— bis 790.—
Gesellschaftskleider	von 270.— bis 975.—
Kinderkleider	von 69.— bis 320.—
Farbige Kostüme	von 39.— bis 1350.—
Schwarze Kostüme	von 169.— bis 1200.—
Warme Unterröcke	von 19.— bis 85.—
Moirée-Unterröcke	von 49.— bis 89.—
Seidene Unterröcke	von 145.— bis 275.—
Morgenröcke B'wollstoff u. Seide	108.— bis 500.—
Morgenröcken aus Baumwollstoff	55.— bis 78.—
Westen aus warmen Stoffen	von 69.— bis 118.—
Pelzkragen	von 32.— bis 3200.—
Muffen	von 39.— bis 1800.—

Pelzmäntel in großer Auswahl

Karstadt

Rudolph Lübeck

Aepfel,

Waisenhof

Tanz.

Stadthallen-Lichtspiele

Lübeck.

!! Heute letzter Tag !!

vom 16. bis 18. Dezember 1919.

Moderne Sklaven

Drama in 5 Akten.

Arme Maria

Drama in 5 Akten. (1178)

Der Raub der Sabinerinnen

Schwank in 4 Akten.

Keine erhöhten Preise.

Nachmittagsvorstellung 4.—7. Abendvorstellung 7.—10 Uhr.

Fliedermaus

Direktion: H. Todt.

Fünhausen 17/19.

Neu! Kabarett-Diele. Neu!

2 Orchester.

Grosses Dezember-Eröffnungs-Programm
Täglich abends 8 Uhr.

Werner Alberti,

Kammersänger.

Fräni Sylva,

Opernsängerin.

Hans Lötzow,

Ballettmeister u. Solo-

tänzer v. d. Staatsoper

Berlin.

Gebr. Pentsch,

Excentric-Tänzer.

Ball-Orchester: Dirigent Hans Elvers, Walt Schwenk

Täglich nachmittags 4-Uhr-Tee:
Auftreten sämtlicher Künstler.
Echte Biere. Beste Weine. Kaltes Buffet.

Zentral-Theater

Moderne Lichtspiele

25. Johannisstraße 25

Vom 15. bis 18. Dezember:
Heute letzter Tag der große Schlager:

Der Herr der Liebe

mit Hilda Langer, Carl de Vogt.

Das schwarze Schiff

Spannendes Seemannsstück in 3 Akten.

Liebe mit Hindernissen

Quintspiel. (11759)

Bildorleisten

einrahmungen

cesar Tauchnitz, Glashärt.

Fleischhauerstr. 35. Büro. 2308

Kücknitz.

W. Dieckmanns Gasthof

Freitag, 19. Dez. (11807)

Zanz - Kreuzchen.

Breis-Stof

am Sonntag, 21. Dezbr.

nachmittags 4 Uhr

im Polierkrug

Schwarzen Aller 82.

(11784)

Donnerstag, den 18. Dezbr.

Anfang 6 Uhr

Peterchens Mondfahrt.

Ein Weihnachtsspiel

in 7 Bildern

von Gerd von Bassewitz.

Freitag, den 19. Dezbr.

13. Vorst. im Freitag-Abon.

Die Entführung

aus dem Serail.

Sonnabend, d. 20. Dezbr.

Der Vogelhändler

Sonntag, d. 21. Dezember.

Anfang 11 Uhr

Vortrag:

Meistersinger

von Kapellmeister

Karl Mannstaedt.

Anfang 8 Uhr:

Vorstellung im Fauszyklus

für höhere Schulen und

Volkshochschule.

Jedermann.

Anfang 7 Uhr:

Vorstellung im Fauszyklus

für höhere Schulen und

Volkshochschule.

Der Troubadour.

Zur Verurteilung Kilians.

Die Verurteilung des radikalen Arbeiterführers Kilian in Halle zu drei Jahren Gefängnis wird in der „unabhängigen“ Presse zum Gegenstand der lebhaftesten Angriffe gemacht.

Die Regierung nahm sich den „P. P. R.“ halb für nützlich, die Vorgänge, auf denen die Anklage gegen Kilian erhoben worden ist, in Erinnerung zu bringen:

Die Monate Januar, Februar, März waren nicht nur für Halle, sondern für ganz Mitteldeutschland eine Zeit der schlimmsten Unruhen, und Halle selbst war deren Mittelpunkt. Seels und Organisator der ganzen Bewegung aber war Kilian, der eine führende Rolle im Hallenser Arbeiter- und Soldatenrat hatte. Es muß besonders betont werden, daß es sich dabei in der Hauptstadt nicht um die Errichtung wirtschaftlicher Ziele handelte, sondern daß die ganze Bewegung aussgesprochen politischen Charakter hatte. Das Treiben ging damals auf Einführung des Ratsystems in Deutschland, und Kilian hat sich in dieser Bewegung besonders hervorgetan, als er am 7. und 8. Januar den Bürgermeister von Halle unter Gewalteinwirkung zu einer Erklärung nötigen wollte, daß dem U. und S.-Rat die vollziehende Gewalt zu übertragen sei. Tatsächlich hat sich der U.- und S.-Rat in jenen Tagen die vollziehende Gewalt angemacht und ungeheuer schädigende Eingriffe sowohl in die Organisation der öffentlichen Ordnung, als auch in die Organisation der städtischen Lebensmittelversorgung erlaubt. Kilian hat u. a. aus eigener Macht Verhaftungen vornehmen lassen, ein Vorgang, auf den sich einer der Anklagepunkte des Verfahrens gegen ihn gründete.

Es muß ferner daran erinnert werden, daß der dreiwöchige Generalstreik im mitteldeutschen Kohlenrevier, dem sich die Metallarbeiter und vor allem auch die Eisenbahner des Eisenbahnkreisbezirks Halle angeschlossen hatten, zu einer katastrophalen Wirkung sowohl auf die Brennstoffversorgung eines großen Teiles Deutschlands, wie auf die allgemeine Verkehrslage gewesen ist. Die damals in Weimar tagende Nationalversammlung und die dort befindliche Reichsregierung waren durch diesen Generalstreik und seine Nebenwirkungen tagelang von Berlin, dem Sitz der Reichsbehörden, abgeschnitten, wodurch dem Interesse des Reiches außerordentlicher Schaden entstand. An allen diesen Tagen ist Kilian sicher in hohem Grade mischuldig gewesen. Im besonderen aber häuft sich auf ihn die Schuld für jene Vorgänge, die sich im März unter seiner Führung und Leitung in Halle abspielten und die zu einer der blutigsten Episoden der Nachrevolutionärszeit geführt haben. Die unhaltbare Lage, in die der Generalstreik die Stadt Halle gebracht hatte, und die oben erwähnten verhängnisvollen Wirkungen auf das Reich hatten die Reichsregierung zum Eingreifen gezwungen. Am 8. März war General Maerker in Halle eingezogen. Dies gab den Anlaß zu einer sich durch mehrere Tage hinziehenden Reihe von blutigen Kämpfen, denen nicht weniger als 36 Tote und 100 Verwundete zum Opfer fielen, und bei denen der Stadt Halle außerordentlich hoher materieller Schaden entstand. Es kam in jenen Tagen zu den furchtbartesten Ausschreitungen der von Kilian und seinen Helfern bis ans äußerste ausgereizten und ausgepeitschten Menge. Vergessen muß stets die bestialische Ermordung des Oberleutnants von Klüber bleiben, der nur deshalb von der rasenden Menge gehängt wurde, weil irgend jemand behauptete, daß er Offizier der Regierungstruppen sei. Weiter kam es zu Plünderungen in allergrößtem Umfang. Eine ganze Reihe der größten Konfektionsgeschäfte und Juweliere in den besten Geschäftsstraßen von Halle wurde ausgeräumt und zum großen Teil in Brand gesetzt, wobei ein Schaden von vielen Millionen verursacht wurde. Wegen dieser Plünderungen wurde eine ganze Zahl von Leuten zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Auch diese Ausschreitungen waren nur in der überhitzen Atmosphäre möglich, in der durch die politischen Radikale bis zur Tollheit gesteigerte Erregung die Massen zu solchen Taten treiben konnte. Es ist Kilian nachgewiesen, daß er sowohl als Redner, wie auch durch Verbreitung von Flugblättern in dieser Hinsicht auf die Menge eingewirkt hat, ganz abgesehen von seinem Streb zum gewalttätigen Radikalismus weisenden Einfluß im Arbeiter- und Soldatenrat. Es darf angenommen werden, daß die mehrheitssozialistische Arbeiterschaft Halle's, die sich bedauerlicherweise

dem 24ständigen Sympathiekreis für Kilian angeschlossen hatte, die oben genannten Ereignisse aus dem Gedächtnis verloren hatte. Wer diese Ereignisse heute in der Erinnerung überblickt, und die verhängnisvolle Rolle berücksichtigt, die gerade Kilian dabei gespielt hat, wird sicher das Urteil des Hassenischen Gerichtshofs nicht ein zu hartes nennen. Abgesehen davon dürfte es zu den Grundsätzen einer gesicherten Rechtspflege und eines geordneten Staatswesens gelten, daß für gefallene Urteile nicht die Strafe zur Revisionsinstanz wird.

Ein vernichtendes Urteil über die Politik der U. S. P. D.

In der „Weltbühne“ beschäftigt sich Heinrich Ströbel mit dem Parteitag der „Unabhängigen“ in Leipzig. Sein Urteil ist geradezu vernichtend. Ströbel schreibt: „Der Parteitag hat unsere schlimmsten Erwartungen noch übertroffen. Niemals hat man Verhandlungen von solcher Gedankenarmut, niemals seit Bestehen der deutschen Sozialdemokratie so verhängnisvolle Beschlüsse. An Hauses Stelle sitzt nun, neben dem hilflos besessenen Parteischüler des Bolschewismus Crispin der magistrale Fanatiker Däumig, eine wunderliche Mischung von Revolutionsfanatiker und Organisationsphilister... Solange die Unabhängigen unter einer solchen Führung und unter dem Zwange eines so wirkungslosen Programms stehen, sind sie als Factor einer positiven, ausbauenden Politik in Deutschland ausgeschaltet. Ihr hemmungsloser Wortsradikalismus wird ihnen bei der hoffnungslosen Verfahrensweise der deutschen Zustände, der Unfähigkeit der Herrschenden und dem wachsenden sozialen Elend auch künftig noch Arbeiterschichten zutreffen: Dem politischen Aufstieg und der sozialen Freiheit wird ihre kurzfristige Demagogengesetzlichkeit niemehr dienen... Vermöldenswert war die Rolle, die der Chefredakteur der „Freiheit“ spielt. Hilsfeld ist das Opfer seiner eigenen Taktik geworden. Vor Jahresfrist, als die Kautsky, Bernstein, Nestriepke und ich ihn zum Kampf gegen den bolschewistischen Heilswahn drängten, wußte er jedem rücksichtslosen Velenminis aus, weil er durch zeitweiliges Nachgeben die Jügel um so sicherer in der Hand zu behalten glaubte. Ein rücksichtsloser Irrtum: denn wie konnte er über die kommunistische Konsilation zu siegen hoffen, wenn er in der „Freiheit“ dem Kommunismus unangefochtene Konzessionen machte, jede entchiedene Kritik aber aus dem Blatte verbannte! Hat er doch nicht einmal eine Besprechung von Kautsky's Buch über den „Terrorismus und Kommunismus“ zu bringen gewagt. Nicht nur die Demokratie, sondern auch der Sozialismus hat in Leipzig eine schwere Niederlage erlitten.“

Das Urteil ist bitter, aber gerecht, und es wiegt um so schwerer, als Heinrich Ströbel nicht der erste beste, vielmehr Mitglied der U. S. P. D. ist.

Arbeiterbewegung.

Eine gelbe Spätgeburt. Der deutsche Werkmeisterverband, der vor dem Krieg in seiner Haltung stark schwankte und oft im Lager der Angestellten-Harmonierevereine zu finden war, hat nach der Revolution sich mit erfreulicher Entschiedenheit auf rein gewerkschaftliche Grundlage gestellt. Nun ist in Essen, dem bekanntesten Stützpunkt eines „Nationalen Werkmeisterverband“ aufgetreten, der die reaktionären Elemente um sich sammeln soll. Erfreulicherweise sind die Seiten der Angestelltenbewegung vorbei, in denen derartige Gründungen nennenswerten Erfolg versprachen. Die große Mehrzahl aller Angestellten steht entschieden auf dem Boden des gewerkschaftlichen Kampfes, und der neue gelbe Werkmeisterverein dürfte daher keine Lorbeeren ernten.

Reich und Ausland.

Ein Scheidungsrecord. Am Montag fanden vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. bei vier Sitzungen nicht weniger als 75 Termine in Scheidungsprozessen statt.

Ein „Edelskommunist“. In der Wohnung des wegen Hochverrats zu Zuchthaus verurteilten ehemaligen Wohnungskommissars der Räterepublik in München, Dr. Arnold Wadler, der, ehemals ein fanatischer Altdächer, später zu den Münchener Kommunisten

gefährte, sind über 100 Stück der kostbarsten französischen und belgischen Möbel im Werte von mehreren 100 000 Mark gefunden worden. Wadler war noch 1918 als Beauftragter des bayrischen Kriegsministeriums in Brüssel, hat von dort die Möbel als Willkür nach München geschafft und damit seine Wohnung vollgestopft. Ein Teil der Möbel ist inzwischen verschwunden. Die Staatsanwaltschaft wird gegen Wadler wegen unrechtmäßigen Erwerbs der Möbel und Utkundensäufschung vorgehen.

Welt und Wissen.

O. K. Aus dem Logbuch des ersten Australien-Fluges. Der australische Flieger Captain Rose Smith hat den Flug von London nach Port Darwin in Nordaustralien glücklich in 30 Tagen zurückgelegt und den Preis von 10 000 Pfund gewonnen, den die australische Regierung für den ersten Flug von England nach Australien ausgesetzt hatte. Er hat dabei eine Strecke von mehr als 11 000 englischen Meilen überflogen und bei schlechtem Wetter manch gefährliche Abenteuer durchlebt. Einen Eindruck von den Erfahrungen und den Ereignissen des Fluges vermittelt die Aussage aus seinem Logbuch, die von der „Sydney Sun“ veröffentlicht werden, die ihrerseits für den Flug einen Preis von 10 000 Pfund ausgesetzt hatte. Wir teilen daraus einige bezeichnende Stellen mit: Lyon, 12. 11. 19. Um 3 Uhr 40 angekommen. Schwere Schneewolken bei Eaples. Steige auf 8000 Fuß in die Höhe. Gerade wieder in Schnee, sodass die Instrumente frieren und die Maschine mit Eis bedeckt ist. Nahrung war zu sehr gefroren, um essbar zu sein. Pisa, 13. 11. 19. Verlass Lyon um 10 Uhr. Schönes Wetter. Landete in Pisa, heftiger Regen. Der Flugplatz war ganz unter Wasser. Der Start war außerordentlich schwierig; wir mußten Planen benutzen, aber schließlich ging es. Osnea, 17. 11. 19. Flug niedrig über den Gebirg, aber das Wetter war zu schlecht, um zu photographieren. Furchtbar böig über den Bergen; die Maschine fiel zu Zeiten mehrere hundert Fuß. Kairo, 18. 11. Wegen machten das Überqueren der Kretischen Berge schwierig. Mußte den größten Teil des Weges über das Mittelmeer in 2000 Fuß Höhe durch Regen fliegen. Basra, 22. 11. Verließ Kairo 10 Uhr 30 vormittags am 19. Überquerte den Kanal von El Kantara, dann die Küste entlang bis Gaza. Infolge heftigen Regens flog ich ganz niedrig über den See von Galiläa, von da nach Damaskus. Interessant, die alten Orte wiederzusehen. Erinnerungen an den Krieg. Landung in Damaskus. Nachts war ein schwerer Sturm. Ich mußte mir Soldaten geben lassen, um die Maschine zu halten. Zweieinhalb Stunden verstrichen, aber der Bim-Apparat widerstand dem Sturm. Der 20. Tag war ein guter Flugtag; ich flog über Bagdad, Kuf, dem Garten von Eden und landete in Basra. Von der Abbas, 24. 11. Gestern in Basra Maschine ausgebessert, alles wieder in Ordnung. Wurde hier mit großem Interesse von Einwohnern bewillkommen, von denen viele zum erstenmal ein Flugzeug sahen. Karachi, 15. 11. Verließ Bandar Abbas 7 Uhr 20, kam hier 4 Uhr 19 an. Wurde von General Comer und den Flugstreitkräften begrüßt. Kalkutta, 28. 11. Gute Fahrt. Landete auf der Rennbahn. Große Menschenmenge. Singapur, 4. 12. Land in Bangkok große Unterstützung, verließ die Stadt, 40 Meilen weit von 4 siamesischen Maschinen begleitet. Sogar im Regen, ohne etwas zu sehen, aber Landung unmöglich. Mußte weiter fliegen. Hier die schlechtesten Flugbedingungen, denen ich je begegnete.“

Vermischtes.

Französische Tanzsitten. Dem französischen Soldaten im besetzten Gebiet, einerlei, welcher Hautfarbe er sei, müssen die Tanzsätze jederzeit zur Verfügung stehen, und nicht nur die Tanzsätze allein, sondern auch die darin befindlichen Ländlerinnen. Dieses Vorrecht, das ihm die Besatzungsbehörde gegeben hat, steht unter dem ausdrücklichen Schutz. Wer sich wider die diesbezüglichen französischen Verordnungen versteht, hat sofortige Verhaftung und nachhaltige strengste Bestrafung zu gewartet. Dass aber momentan die jungen rheinischen Mädchen nicht besonders darauf erpicht sind, in der Kerkerzelle der Willkür des französischen Militärs ausgeliefert zu sein, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden. Nach den Erfahrungen, die deutsche Frauen und Mädchen in dem berüchtigten Gefängnis zu Mainz gemacht haben, ist die Abneigung gegen die Lasterhöhlen nicht gar so schwer zu beseitigen. Ein bezeichnender Vorfall dafür wird aus einer französischen Garnisonsstadt auf der Saar berichtet. Dort hatten eines schönen Tages französische Soldaten ein Tanzlokal gestürmt, wie das so ihre Gewohnheit ist, und die anwesenden jungen Mädchen für sich beansprucht. Sie sollten mit ihnen tanzen, würde ihnen bedeutet, oder ganz auf das Tanzen verzichten. Zweieinhalb

Stunden kamen, in denen Horstmann, von trostloser Verzweiflung erfüllt, den Kopf sinken ließ und sich den Tod wünschte. Aber die zähe Bauernkraft richtete sich immer von neuem auf. Und wenn dann wieder, wie es in der Bibel von Simon heißt, die Kraft des Herrn über ihn kam, dann hob sich seine Brust, seine Hörn auf der Stirn schwollen sich an, mit wahrhaft tragischem Ausdruck ließ er das Auge auf die Breiterwand des Hofs schweifen und wünschte sich gleich dem alten Richter Israels ein einziges Mal seine Feinde unter seiner Faust zu haben. Wenn dann beim abendlichen Rundgang der Arzt an ihn herantrat und ihm in seinem gemächlichen Ton fragte: „Na, wollen Sie von jetzt ab artig sein?“, so schlenderte er ihm lächelnd und Schwefelworte ins Gesicht. Vorwärts der Arzt mit dem Daumen auf die Zehen deutend, nichts erwidernd als „Zurück ins Holz!“ Und am nächsten Tag wurde er aus seinem schwarzen Schaf wieder auf den Hof geführt. Da er auch die Kraft der Kranken dieser Abteilung erhielt, die er aus den bleckernen Schädeln, in der alles durchander schwamm, kaum zu sich nehmen konnte, so kam er auch förmlich hirschartig herunter.

Eines Tages ließ er die Fräne, ob er von nun an artig sein möchte, unanwortend. Damit schien der Arzt auf Frieden zu sein. Er erlaubte ihr, die Nacht wieder in seinem Bett zu verbringen. Fortsetzung folgt.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Seeger.

64. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

XIV.

Horstmann ging von nun ab in den Park hinunter und setzte sich auf eine Bank unter den Bäumen. Über den Umgang mit den anderen Kranken vermied er noch immer.

Trotzdem Doktor Sinzheimer, der ihn fast täglich fürchter oder lieber zeigte, blieb der Kranke ihm gegenüber von der gleichen Leidenschaft. Wenn der Arzt nicht hin und wieder Aufführung von seinem Wärter bekommen hätte, so hätte er gar nicht gewußt, was in dem Innern dieses schwäglichen Menschen eigentlich vorging. Meist vor allem auf Flucht inne; er wollte nach Düppeldorf reisen und sämliche Verwandte seiner Frau umbringen. Er war der Ansicht, daß die Ärzte sich mit im Komplott befänden, und hatte jede Fleiß gemacht, und die Köpfe der Ärzte auf die umliegenden Architekten gelippt. Wie weit diese Angaben des Wärters lügt, versuchte der Arzt nicht zu prüfen. Er nahm sie aufs Kreuz und Glauben hin und machte dem Kranke niemals Pfeile hin, davon, da Mewes Schweigen erbosten hatte, um das Herz seines Herrn nicht zu verlieren.

Allmählich teilte sich die Antipathie, die Horstmann dem Arzt gegenüber hegte, auch diesem mit. In seinem Innern war Doktor Sinzheimer natürlich überzeugt, den Patienten gegenüber das Geheim des Curies überhaupt nicht zu kennen. Wenn ein Arzt ihn befragte, nach ihm höflig, ihm ansie, so sah er darin nur eine schläfrige Erkrankung. Aber Horstmanns Benevolent war derart, daß er gehabt hatte, entschlußte diesem die Drohung:

„Wenn Sie mir nicht folgen, werde ich Ihnen mal zeigen, wie über Ihre Person verfügen kann.“

Darauf hat Horstmann ihn mit stiller Verachtung an und erwidert:

„Sie wollen ein Seelenarzt sein? Sie sind der reine Unter-

Seitdem haftet Doktor Sinzheimer seinen Kranken periodisch. Das, was der Arzt chronische Lobjekt nannte, fehrt im Laufe der Zeit öfter wieder. Immer von neuem stieg in Horstmanns Seele das Verlangen nach Freiheit auf. An solchen Tagen war er ganz verstört. Mit Tränen in den Augen bat er den Wärter, ihm zur Flucht zu verhelfen. Aber dieser erklärte es für unmöglich. Rings um den Park war eine unübersteigbare Mauer, der Wärter lief durch das Tor niemanden passieren. Nachts wurden nicht nur die Zimmertüren, sondern auch die der Abteilungen verschlossen, und der Schlüssel des Wärters passte wohl für das Zimmerloch, aber nicht für die Abteilungsdörrer.

An solchen Tagen konnte Horstmann weder essen, noch still sitzen, noch einem anderen Gedanken fassen, als den, zu fliehen. Er mochte sich hundertmal vornehmen, ehe der Arzt kam, diesem ruhig und klar seine Beweggründe, weshalb er um Entlassung erfuhrte, einzusehen, ihm naiz zuweisen, daß er vielleicht nervös, überreizt, schwermüdig, aber nicht verrückt sei, daß man ihn nur auf Betreiben seiner Feinde hier eingesperrt habe; er mochte sich das hundertmal vornehmen, aber wenn der Arzt kam und er seinem gleichgültigen, überlegenen Lächeln ansah, daß all sein Reden vergeblich war, übermannte ihn doch der alte Zorn. Ubrigens, wenn er auch mit der Verehrsamkeit des Demosthenes die Klarheit eines Soltates verbunden hätte, es hätte ihm doch nichts geholfen. Der Arzt war einfach taub. Und gerade die Gründe, die Horstmann für seine Entlassung anführte, bestärkten ihn in der Meinung von dessen Krankheit. Der Ingenieur war in die Anstalt gebracht worden, weil er seine Frau angefallen hatte, weil er sich von Feinden bedroht glaubte. Und gerade an letzterem hielt er immer noch fest. Der Arzt aber folgerte: so lange die eigenen Ideen, die durch die Krankheit getrieben waren, noch fristeten, dauerte auch die Krankheit selbst noch fort. Nebenbei war er überzeugt, daß Horstmann im stillen hallucinierte, sein Sterbes, oft stundenlang andauerndes Hindröhnen schien das zu bestätigen.

Eines Tages geschah es, daß Horstmann, die schrecklichen Eindrücke der Nacht in der Zelle vergessend, sich hinreihen ließ und den Arzt beschimpfte. Darauf schien dieser nur gewarnt zu haben. Er schüttelte und beschimpfte den Patienten auf die unruhige Abteilung zu bringen. Man stieß ihn in den grauen Sadzleinenzanz der gewöhnlichen Zellen und schleppte ihn auf den Männerzobhol. In einer Ecke gegen die Mauer gelehnt, stand er da und betrachtete mit verstörten Augen dies unruhige, doch stets verändernde und doch stets gleich bleibende Bild. Die trübsamen Türen legten, ohne sich um ihn zu kümmern, ihre Beschäftigung fort. Hier lag einer auf dem Bauch und saugte die schmutzige Wasserlache auf, die vom Sprengen zurückgeblieben war; dort kriecht einer mit krummen Beinen zwischen den Zäpfen in den Ecken. Quer alle Zuggänge,

die ihr halbes Leben lang eingesperrt gewesen waren, lauerten unbeweglich nebeneinander. Undere Kranken machten mit dem Kopf immer dieselbe Bewegung. Ein alter Mann, dessen Gesichtshälfte rot und hart gebrannt wie ein Ziegelstein war, sah jeden Tag auf demselben Platz an der Treppe, unbeweglich mit dem einen aufgerissenen Auge in die Sonne starrend. Im Laufe des Tages kroch er von der einen Seite des Hofs auf die andere, dem Lauf des Getirns folgend. Wenn gegen Abend der Schatten höher stieg, erhob er sich auch, und auf den Fußspitzen stehend, singt er noch den letzten Sonnenstrahl auf. Manchmal drängte sich ein Irre an Horstmann heran und suchte ein Gespräch anzuknüpfen. Wenn er sein Gehör fand, sang er Händel an, sodass die Wärter ihn entfernen mußten. Die glühende Sonne brütete auf diesem engen, schattenlosen Hof, auf dem es vom frühen Morgen bis zum späten Abend nicht still wurde vor Geschrei und Lärm. Wenn der Ingenieur das Territorium des Lebens betrachtete, kam ihm immer wieder der Gedanke: Hat der in der Arzt keine Augen, daß er mich nicht von diesem anderen unterscheiden kann? Gehört denn wirklich so viel Verstand dazu, zu sehen, daß all diese Menschen verrückt sind, daß ich aber gesund bin? Er muß mit im Komplott sein. Dehmvig oder irgend jemand, der ein Interesse daran hat, mich eingesperrt zu halten, muß ihn bestochen haben. Eine andere Erklärung gibt es nicht.

Stunden kamen, in denen Horstmann, von trostloser Verzweiflung erfüllt, den Kopf sinken ließ und sich den Tod wünschte.

Aber die zähe Bauernkraft richtete sich immer von neuem auf.

Und wenn dann wieder, wie es in der Bibel von Simon heißt,

die Kraft des Herrn über ihn kam, dann hob sich seine Brust, seine Hörn auf der Stirn schwollen sich an, mit wahrhaft tragischem Ausdruck ließ er das Auge auf die Breiterwand des Hofs schweifen und wünschte sich gleich dem alten Richter Israels ein einziges Mal seine Feinde unter seiner Faust zu haben. Wenn dann

beim abendlichen Rundgang der Arzt an ihn herantrat und ihm in seinem gemächlichen Ton fragte: „Na, wollen Sie von jetzt ab artig sein?“, so schlenderte er ihm lächelnd und Schwefelworte ins Gesicht. Vorwärts der Arzt mit dem Daumen auf die Zehen deutend, nichts erwidernd als „Zurück ins Holz!“ Und am nächsten Tag wurde er aus seinem schwarzen Schaf wieder auf den Hof geführt. Da er auch die Kraft der Kranken dieser Abteilung erhielt, die er aus den bleckernen Schädeln, in der alles durchander schwamm, kaum zu sich nehmen konnte, so kam er auch förmlich hirschartig herunter.

Eines Tages ließ er die Fräne, ob er von nun an artig sein möchte, unanwortend. Damit schien der Arzt auf Frieden zu sein. Er erlaubte ihr, die Nacht wieder in seinem Bett zu verbringen.

jungen Mädchinnen, die sich unter seltenen Umständen den Füdinglichkeiten der ihnen verhafteten Kindringlinge aussehen wollten, waren in Haft genommen und durch Polizei, die vor dem Lokal aufgestellt wurden, bemacht. Mittels einer Strickleiter, die ihnen hilfreiche Hände verschafften, gelang es ihnen, zu entkommen und so dem drohenden Gefängnis zu entgehen. Aus Furcht vor der Rache der Franzosen machten sie sich mit einigen wenigen Sachen, welche sie vor einigen Tagen pflichtlich eingetroffen sind.

Theater und Musik.

Als Guest auf Aufführung dirigierte Mittwochabend Herr Kapellmeister Wolfgang Martin vom Stadttheater in Chemnitz Opernpremiere Märchenoper "Hänsel und Gretel". Er bewahrte sich damit um die Etellung, die bis 1920 noch Herr Dr. von Alpenburg inne hat. Der Guest, ein noch junger, schlanker und rothaariger Mann trat ohne Proben an das bekannte Werk. Er stützte das Stückchen ruhig, sicher und zielbewusst. Dem Orchester und den Sängern gab er die Ginsche in einer so bestimmten Form, daß sie mit ihm gewiß sehr zufrieden gewesen sein dürften. Auch die Kritik kann dem jugendlichen Dirigenten, der vor seinem Chemnitzer Engagement als Volontär-Capellmeister an der Münchner Oper wirkte, nur das Beste nachsagen und seine An-

stellung wärmstens befürworten. Seine ausdrucksvolle Leitung hinterließ die angenehmsten Eindrücke. Die Belebung der Oper war die bekannte. Den Abschluß des Abends bildeten Vorführungen des Balletts unter dem Sammelnamen "Vom Spiel zum Tanz". Wir haben erst hin und her überlegt, ob wir wohl nicht lieber nach Hause gehen sollten, da wir uns nicht gerade allzu viel versprochen und andern befürchteten mussten, zu unangenehmen Vergleichen mit dem uns quibefüllten Ballett des Braunschweiger Landestheaters angeregt zu werden. Wir sind angenehm enttäuscht worden und geradezu erstaunt, das Lübecker Ballett auf einer so hohen Stufe der Vollendung zu sehen. Die Ballettschule tanzt vier Kinderstücke ganz allerliebst. Die jungen Elterninnen laufen mit vielem Elter und großem Geschick ihren Aufgaben ab. Eine der Führerinnen, eine kleine dunkelhaarige starke, sehr starke Tanztalent heranzutragen. Den Silhouetten ebenfalls getanzt von den Kindern der Ballettschule, fehlt offenbar der leise Schliff. Zu Glucks Musik aus dem "Orpheus" boten Martha Louise Stolze, Tim Schubert und Lieselotte Viebahn im Verein mit den Damen des Balletts allerlei griechische Spiele und Tänze, die guten Geschmack verriet. In der "Morgentümmerung" (Musik von Grieg) stellten sich unsere Ballettmeisterin Martha Louise Stolze sowie die beiden Solotänzerinnen Tim Schubert und Lieselotte Viebahn als Tänzerinnen von Eigenart

und starkem Können vor. Martha Louise Stolze insbesondere erwies sich als eine ganz hervorragende Spitzenläuferin. Mit einer ganz allerlieben und überaus geschmeidigen Tanzeinführung zum Tanz von G. M. v. Meier fanden die Vorführungen des Balletts einen ebenso wie kunstvollen wie ansprechenden Abschluß. Die musikalische Leitung betreute Otto Seifert, ein junger energischer Musiker. Er dirigierte mit Schwung und Feuer.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Freie Hochschule für Leibesübungen in Berlin. Die vorbereitenden Arbeiten durch Satzungskomiteen und Verhandlungen sind soweit beendet, daß der Hauptausschuß für die neu zu gründende Hochschule für Leibesübungen am Sonntag, dem 1. Dezember im Reichsministerium des Innern in Berlin zusammengetreten wird. Ein Auditorium von 40 Personen soll die Leitung der Hochschule übernehmen. Das volle Studium ist auf vier Semester festgelegt. Im übrigen wird die Auslast im Sinne einer Volkshochschule der Allgemeinheit zugänglich sein. Ihr Wirkungskreis wird sich auf das ganze Reich erstrecken. Sitz der Hochschule ist Berlin.

Hilfengitterverkehr.

Versicherungen der Empfänger und Beuteungen der Abfahrt über Güterwagen, welche Sonnabend, den 27. Dezember entzogen oder beladen werden sollen, sind spätestens Donnerstag, den 25. Dezember, bis 12 Uhr mittags abzugeben.

Die bis zu diesem Zeitpunkt nach den Wegen 101 bis 138 — Contingebiet — beordneten Wagen werden dort ebenfalls möglichst schon am Sonnabend gestellt. Die Direktion der Lübeck-Büch. Eisenb.-Wg. (11802)

Friedrich Beeck
Anna Beeck

geb. Danck
vermählt.
Röding, im Dezember 1919.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten zu ihrer Hochzeit
danken herzlich!
(11707) D. D.

Ja jede monatlich zu se-
iht ein züchtiges
Alleinmädchen,
die zw. Rühe zu meiten
sind aber keine Augen-
arbeit zu verrichten hat, bei
einem monatl. Gehalt von
Mt. 50. Lassen frei. Meldq.
Sonntags bis 5 Uhr bei
Kern U. med. Reinhold,
Lindenstr. 4. (11774)
Zu auf. 1 Jahr. abt. 2.
Montl. Mt. 100, 1 Kateror.
Mt. 60, 1 Jungl. Ans. 125.
1 seit. Höhe 40. (11798)
Schuhmäst. 51. L. r.

Offizier Stappien,
12 m. 19, 2.50 m. br. zu vgl.
(11793) Meißnhauserstr. 72
2 reih. Handbarfüsschen 4. ab.
(11761) Gere. deest. 58 L.
Stuhmänder (Holz-
stuhl) zu verkaufen.
(11778) Schuhmäst. 15. p.

Zu verl. Pappenhammeli-
bett u. -Wiege, Rd. Schreib-
u. Klappe bill. (11777)
Freitag morg. nach 8 Uhr
Habichtstraße 85. H. r.
Um 2. Quartier zu
Schleier zu verkaufen.
(11779) Marienstr. 14.

Zur Liebhaber! Sammeln-
gäb. m. Bauer, tabell. Säng.
6 teil. Romantischall m. Ab-
lauf zu verl. (11781)
Habicht. 121. Hof I.

Ausgabe von Speismarken.

Die Ausgabe der Speismarken für die Zeit vom 22. Dezember bis 18. Januar 1919 erfolgt vom Freitag, den 19. Dezember 1919 an von morgens 8 Uhr bis 8 Uhr nachmittags in der Vorle. Eingang vom Markt (Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen).

Für die Zeit bis 18. Januar 1920 werden im Hochzeitste 4. Seite zu 18 Waren, deren Gültigkeit zu-
nach nicht bestimmt ist, ausgegeben.

Zur Erstausgabe je eines Hefts sind abzugeben:
1) einer der für Wühlenfettarte gütigen Abschnitte 142—143 der Bezugsliste;
2) einer der zum Bezuge von Zucker gültigen Ab-
schnitte 151—155 der Bezugsliste und
3) die Unterabschnitte 1—3 der Abschnitte 2, 3, 4 und
5 der roten Kartoffelliste.

Selbstverständlich und Per-
sonen, welche auf diese Abschnitte Kartoffeln bereit-
bezogen haben, erhalten gegen Lieferung von 3 Wk.
zur zweitwöchlichen Abnahme geeignete Kartoffeln für
jedes Speismarkentitel gegen Entnahme des Tage-
preises in der Stadtlichen Kartoffelleite, Königsstr. 13, 1.
einen entsprechenden Ausweis.

Die Ausgabe von Speismarken für aufwärts
beschaffte Personen, welche hier in feier Arbeit stehen,
erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-
versorgungsstelle, Neue Straße 65, Zimmer 1.

Gübed., den 17. Dezember 1919. (11771)

Das Landesversorgungssamt.

Zu verl. Kleidermarken für
2. Mädchen, gr. Bluse, 2
Blousonstücke. (11782)
Habichtstraße 1. H.

Zu verl. ein Rücksack-
packsack zu beiden zu-
sammen. rot rot. (11783)
Habichtstraße 7 e. II.

Zu verl. ein Rücksack-
packsack zu beiden zu-
sammen. rot rot. (11784)
Habichtstraße 7 e. II.

2 Waggon Steingut

sind trotz der enormen Verkehrsschwierigkeit und großer Warenknappheit noch rechtzeitig zum Weihnachts-Verkauf eingetroffen.

ca. 2000

Wasch-Garnituren
verschiedene Formen u. Dekore

19⁵⁰ 26⁵⁰ 37⁰⁰

bis 75

Einzelne Waschschalen
650 850 975

Einzelne Wasserkannen
650 850 975

Einzel. Nachtgeschirre
475 525 625

ca. 3000 Satz

Salat-Schalen

4 im Satz 5 im Satz 6 im Satz
weiß 425 | 625 | 975

bunt 475 975 1250

Kartoffelschalen, oval
innen gerippt

185 275 325

Beilag-Schalen, eckig
gerippt

135 225 250

ca. 7000

Speise-Teller

tief u. flach, glatt gerippt, weiß
u. dekoriert

110 125 150

Dessert-Teller
glatt und gerippt

90 95 110

Terrinen mit Deckel
925

Kartoffelschalen mit Deckel 410

Salz- u. Mehlmessen 350

Ovale Schüsseln 350

Saucieren 375

ca. 200

Tonnengarnituren

22teilig, elfenbeinfarbig
und dekoriert

55⁰⁰ 65⁰⁰ 75⁰⁰

Gemüse-Tonnen 475

Gewürz-Tonnen 175

Essig- u. Oel-Flasch. 150

Kartoffelschalen mit Deckel 410

Salz- u. Mehlmessen 725

6 Milchtöpfe im Satz 1250

Senftöpfe 75⁰⁰, 65⁰⁰

Tafel-Service, dekoriert, für 12 bzw. 6 Personen 250⁰⁰ 135⁰⁰ 85⁰⁰

Ueber 2000

Kaffeetassen weiß Stück 85

Ueber 12000

Kaffebecher weiß u. dekoriert 75⁰⁰, 60⁰⁰, 45⁰⁰

Empfehlenswerte Geschenkartikel in unserer Haushalts-Abteilung

Porzellan - Kaffee-Service für 2 Personen 1025
für 6 Personen von 2500 an
Porzellan-Kinder-Service steilig
Likör-Service Glas 775 / Rahm-Service Glas 775 / Kaffeemühlen
Fruchtschalen 425 325 / Brotschneide-Mischinen / Brot- und Gebäck-Kisten / Reibmaschinen
Fleischhackmaschinen / Bügeleisen / Tafelbestecke.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. LUBECK.

Gut erhaltenen Kinder-
wagen zu verkaufen. 1178
Königswiesen 7.

Eine große Zeitung will
zu verkaufen. 1178
Habichtstraße 85. H. r.

Gut erhaltenes Klapp-
Sessel zu verkaufen. 1178
Habichtstraße 86. H. r.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Warengabestelle 8, Königstr. 111.

Unseren werten Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß wir Gelegenheit hatten, einen kleinen Posten

Damenmantel

in den Preislagen 138 u. 158 Mt.

zu kaufen.

Beim Einkauf bitten wir, möglichst auch die Vormittage zu
benutzen, da es sonst kaum möglich ist, den Andrang zu bewältigen.

Sonntag, den 21. ist die Manufakturwarenabestelle
von 12—5 Uhr geb. net.

Der Vorstand.

Zu verlau. eine Puppen-
Himmelsbüchse u. Kinder-
buch. Standard. 41. I.

Unten. Kassetten zu-
sammen gelegt mit ed. ohne
Gumm. Ang. mit 8 I
am die Gr. (11801)

Scheine geleg. Zahnr. oder
Siegschluß zu kaufen gefunden
Orient. unter W. J. an die
Gr. d. 24. (11784)

Zu kaufen. geh. eine auferh.
Zeit v. 1900. Habichtstraße
Ang. w. B. II. o. d
Gr. d. 24. (11785)

11803)